



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
30.01.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Yvonne Winkler

Harald Bartl
André Cierpinski
Andreas Hajek

Ulrich Peinhardt
Dirk Gernhardt
Renate Krimmling
Elisabeth Nagel
Katharina Hintz
Gottfried Koehn
Marko Rupsch
Steffen Ahrens
Martin Bauersfeld
Jens Breitengraser
Lothar Dieringer
Mark Lange
Nicole Ramin

Ausschussvorsitzende,
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Teilnahme bis 18:48 Uhr
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Sabine Ernst
Dr. Petra Sachse

Stefan Voß

Sarah Lange

Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft,
Wissenschaft und Digitalisierung
Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale)
GmbH
Protokollführerin

Gäste:

Matthias Lux
Andreas Nowak

Dr. Ulf-Marten Schmieder

Prof. Dr. Udo Sträter

Geschäftsführer Stadtwerke Halle GmbH
Geschäftsführer MMZ Mitteldeutsches
Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Geschäftsführer Technologie- und
Gründerzentrum Halle GmbH
Rektor Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Entschuldigt fehlten:

Ernst Josef Peter Dehn
Anton Schumann

Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Frau Winkler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler begrüßte die eingeladenen Gäste Herrn Prof. Sträter, Herrn Dr. Schmieder, Herrn Nowak und Herrn Lux. Ihnen wurde in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern das Rederecht erteilt.

Des Weiteren bat sie, den Tagesordnungspunkt 7.2 aus zeitlichen Gründen des Gastes vor den Beschlussvorlagen zu behandeln.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2017
- 7.2. Aufhebung von Bachelor-Studiengängen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Wirtschaftsplan 2018 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VI/2017/03696
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität
Vorlage: VI/2017/03465

- 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität - Vorlage: VI/2017/03465
Vorlage: VI/2017/03516
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) - Evaluierung
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2017

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 21. November 2017, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 7.2 Aufhebung von Bachelor-Studiengängen der MLU Halle-Wittenberg

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Prof. Sträter

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie diesen Punkt vorgezogen haben.

Diese Studiengänge, die jetzt geschlossen worden, die scheinen nicht so furchtbar bekannt zu sein. Es handelt sich um drei Bachelor-Studiengänge mit der Abkürzung IGP, Instrumental Pädagogik Gesang und das sind drei Bachelor-Studiengänge im Institut für Musik. Um diese drei ist es gegangen, die sind geschlossen worden. Das heißt, hier ist die Immatrikulation beendet worden. Die Studiengänge selber laufen weiter. Die Immatrikulierten haben natürlich die Möglichkeit, in aller Ruhe ihr Studium zu Ende zu führen. Da sind auch Ehrenrunden mit eingeplant, oder Erziehungsjahre. Und es gibt nach wie vor den entsprechenden Master, in den man dann auch wechseln kann.

Nichts hat das Ganze zu tun mit der Lehramtsausbildung, um das nochmal klar zu sagen. Die ist vordringliches Geschäft. Warum sind diese drei Studiengänge geschlossen worden? Weil perspektivisch klar ist, dass es keine Kapazität mehr geben wird durch Pensionierung von Lehrenden und zwar in den Jahren 2020/23/25. Das heißt, es wäre also unverantwortlich, jetzt nochmal neue Leute zu immatrikulieren und die entsprechend dann versorgt werden müssen, wenn wir genau wissen, dass diese Kapazität bald nicht mehr vorhanden ist.

Warum ist diese Kapazität nicht mehr vorhanden? Weil Leute pensioniert werden. Die naheliegende Frage: Warum werden diese Stellen nicht wiederbesetzt? Antwort: Wir haben die gar nicht. Das heißt also, um das nochmal klarzustellen gegenüber vielen Irrmeinungen, die geäußert worden sind, oder auch falschen Darstellungen. Was sich hier abspielt, hat nichts zu tun mit den Auseinandersetzungen der Jahre 2013/14, hat nichts zu tun mit dem sogenannten „Bernburger Frieden“, wie etwa in einem Verdi-Flugblatt behauptet worden ist. Hat nichts zu tun mit der Abgabe von 100 Stellen an das Ministerium, sondern das ist eine Folge, eine seit langem absehbare Folge der Strukturbeschlüsse des Landes aus dem Jahre 2003/2004.

Ich rufe in Erinnerung: Damals ist in einer Bereinigung festgelegt worden, dass die Martin-Luther-Universität die Ingenieure abbaut, das ist im vorletzten Jahr passiert. Das mit dem Zentrum für Ingenieurwissenschaften nach über 10 Jahren Dauer dann der letzte in den Ruhestand gegangen ist. Hierbei ist ein Teil der Kollegen nach Magdeburg versetzt worden und andere sind in Halle geblieben. Und es sind bestimmte Bereiche in Magdeburg geschlossen worden, unter anderem die Musikausbildung und Kolleginnen und Kollegen sind nach Halle versetzt worden; und zwar persönlich, ohne die Stellennummer, ohne die Stelle und ohne das Budget, weil von Anfang an der Plan war, dass im Laufe der Zeit diese – *unverständlich* - abschmelzen sollten. Und das haben wir jetzt vor Augen und das wäre fatal, wenn man darauf nicht reagieren würde. Es wäre unverantwortlich gegenüber Studierenden. Also, wie gesagt, wir können die Stellen nicht nachbesetzen, weil wir weder die Stellen haben noch die Stellennummern haben noch das Budget haben und das entspricht genau dem, was 2004 so geplant gewesen ist.

Jetzt ist ein großes Geschrei erhoben worden, dass damit die Musiklehrerausbildung in Sachsen-Anhalt gefährdet sei. Das kann man sehr unterschiedlich sehen. Klar ist, dass die Leute, die da absolvieren und zwar den Bachelor-Studiengang, das Potenzial haben, Musiklehrer an Musikschulen zu werden. Wir reden jetzt nicht von Musiklehrern in Schulen, sondern von Musiklehrern an Musikschulen. Die Fakultät ist dabei zu überdenken und zu erarbeiten eine Möglichkeit, dass man den Master-Studiengang weiter aufrecht erhält und unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu diesem Master schafft. Eventuell, das hat der Dekan in der Senatssitzung vergangenen Mittwoch erzählt, durch eine Kombination mit dem Lehramtsstudium, das gäbe dann den Musikschullehrer, die ja, wie Sie vielleicht wissen, dass alle in prekären Beschäftigungsverhältnissen existieren, weil es keine Planstellen gibt. Das sie auch einen Festzustand auch an einer Schule haben, daran wird gearbeitet. Mir scheint das ein zukunftsweisendes Konzept zu sein.

Wenn Sie noch mehr Hintergründe haben wollen, das sehen Sie natürlich ganz schnell, dass diese ganze Problematik, wenn man sie so nennen will, daraus resultiert, dass Sachsen-Anhalt sich keine eigene Musikhochschule leistet. Anders als Thüringen, anders als Sachsen gibt es hier keine Musikhochschule und auch keine Pläne, eine solche zu gründen. Musikhochschulen sind ja die eigentlichen Ausbildungsstätten für Musikschullehrer. Dass das temporär an eine Universität verlagert worden ist, hat einen gewissen Charme, aber wie Sie sehen, nicht unbedingt die strahlende Zukunft. Ich bin auf Ihre Rückfragen gespannt.

Frau Winkler
Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Dankeschön. Mich würde mal interessieren, wie viele Studierende im Moment sozusagen davon betroffen sind. Und zweitens, das war ja nicht die einzige Entscheidung, die jetzt gefallen ist. Es gab ja noch eine Entscheidung zur Japanologie, ob Sie vielleicht dazu auch nochmal was sagen könnten.

Herr Prof. Sträter

Zunächst einmal zur Zahl: Es sind in diesen Studiengängen zurzeit insgesamt über alle Semester verteilt 36 Studierende, davon ungefähr ein Drittel aus dem Ausland, das eigentlich nicht vorhat, in der Börde an der Musikschule zu unterrichten. Die Aufnahmekapazität ist äußerst gering, die liegt bei etwa fünf maximal pro Jahr, weil das eben wie gesagt eigentlich kein Studiengang an einer Universität ist, sondern ein typischer Studiengang für eine Musikhochschule. Es gibt eine sehr strenge Eignungsprüfung, es ist sehr viel Einzelunterricht, es ist sehr kostspielig, auch dadurch, dass sehr viele Lehraufträge vergeben werden müssen und so weiter und so fort. Also, circa fünf Immatrikulationen, sechs pro Jahr, davon bei der Gitarre in den letzten zwei Jahren null.

Zur Japanologie muss ich Sie in dem Punkt korrigieren, der Senat hat dazu noch nicht entschieden, der wird das wahrscheinlich im März tun. Die Fakultät hat den Beschluss gefasst, auch hier geht das zurück auf Strukturentscheidungen von 2004/2005. Die Japanologie wird künftig nur noch eine Professur statt zwei haben und auch da muss man anpassen und auch hier ist es der Grundgedanke, jedenfalls der Fakultät, dass man den sehr erfolgreichen Masterstudiengang weiterführt, den Bachelor aber höchstwahrscheinlich nicht weiterführen kann. Es haben unterschiedliche Seiten unterschiedliche Gutachten abgefordert in der letzten Zeit über diese japanologischen Studiengänge. Das hätte man vielleicht besser nicht gemacht. Es kommt dabei heraus, dass hier in Zweifel zu ziehen ist, ob unsere Japanologie eine Japanologie ist oder nicht, vielleicht nur japanologische oder japanische Studien. Sie merken, dass das schon rein organisatorisch in einer bestimmten Schiefelage liegt. Die Japanologie, wenn man sie vielleicht so nennen will, ist an der Universität nicht bei den Philologien untergebracht, wo eine klassische Japanologie hingehört. Sondern ist mit den Politikwissenschaften zusammen in der anderen, in der sozialwissenschaftlichen-historischen Fakultät.

Also, hier sind Schieflagen von Anfang an drin. Es gäbe noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die Sache auszubauen. Wir haben auch oft darauf hingewiesen. Manchmal muss man auch Professoren zum Jagen tragen. Und wenn man sie dahingetragen hat, laufen sie ganz schnell wieder zurück, dorthin wovon sie gekommen sind. Wir haben ja den mitteldeutschen Universitätsbund nicht nur aus Spaß, sondern um die Kooperationen gerade in den kleinen Fächern zu stärken. Es gibt Asienwissenschaften in Leipzig. Auch der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten von 2012/13 hat dringend empfohlen, sich mal Gedanken darüber zu machen, ob man da nicht die Kooperation stärkt und gemeinsam was auf die Beine stellt oder in einer Bereinigung im Universitätsbund überlegt, ob die Japanologie nicht gänzlich Leipzig überlassen bleiben soll und Halle dafür seine eigenen Stärken stärkt. Kleine Fächer können eigentlich nur überleben, wenn sie ein Umfeld haben. Unsere Japanologie ist sehr isoliert an der Universität. Es gibt keine Ostasienwissenschaften.

Frau Winkler
Herr Bauersfeld.

Herr Bauersfeld

Ja, ich hab mal eine Frage zu den Musikstudenten. Ich meine, aufgrund der Immatrikulationszahl ist ja eigentlich schon klar, dass kein besonderer Bedarf ist. Haben Sie zufällig die Zahlen, wie viele Stellen es überhaupt an Musikschulen gibt, die eventuell besetzt werden müssten? Die man also damit bestücken müsste.

Herr Prof. Sträter

Zahlen habe ich dazu nicht, aber im Blick in der Fakultät. Ich habe gelernt, ohne dass ich Ihnen konkrete Zahlen nennen kann, dass es außerordentlich wenige Planstellen gibt an Musikschulen. Und, dass das meiste über Lehraufträge abgeleistet wird. Insofern ist der Gedanke des Dekans der Philosophischen Fakultät 2, dass hier möglicherweise die Musikschule ihre Ausbildung verbinden mit der Lehramtsausbildung, sodass man wenigstens ein vernünftiges Einkommen sichern kann für die Absolventen, wie ich finde sehr gelungen.

Frau Winkler

Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Dann gleich auch nochmal da die Nachfrage zur Japanologie. Sollte das beschlossen werden, dass man den Bachelor-Studiengang schließt, wieviel a) wären da betroffen b) wie ist da das Interesse an Studierenden? Ich kann mich düster erinnern, dass es da auch meistens mehr Bewerber gab als Plätze. Und c): Würde das dann für die Universität bedeuten, dass es auch insgesamt weniger Studierende gibt? Das ist ja auch eine relevante Zahl im Zweifelsfall für die Stadt. Oder würden dann entsprechend andere Fächer gegebenenfalls aufwachsen?

Herr Prof. Sträter

Genau Zahlen kann ich Ihnen im Moment nicht nennen. In der Japanologie ist das natürlich etwas stärker als bei den Musikstudiengängen. In der Tat ist der Studiengang Master sehr beliebt und die Gesamtzahl ist allerdings auch dadurch etwas höher als normal, weil es sehr viele Leute gibt, die die Regelstudienzeit überschritten haben. Das zeigt die Problematik des Faches in seiner jetzigen Konstellation auch. Japanisch ist eben eine Sprache, die man nicht von heute auf gestern mal eben lernt.

Der Verlust, der an Bachelorstudenten entstehen würde, wenn denn wirklich auch keine Kooperation von Leipzig zusammenkommt, ist durch andere nachgefragte Fächer locker auszugleichen. Das darf auch nicht der einzig entscheidende Punkt sein.

Frau Winkler

Noch jemand eine Frage? Ich wollte Sie nur kurz fragen, wenn man den Bachelor in Japanologie einstampft und nur den Master beibehält, das hat doch auf Dauer auch keine Aussicht zu überleben, oder?

Herr Prof. Sträter

Es gibt im Umfeld auch Japanologie. Es ist nicht so, dass es das nur in Halle gäbe. Wie gesagt, in Leipzig gibt es das auch und es gäbe immer noch die Möglichkeit, zu kooperieren und das nötige Lehrdeputat zu schaffen. Dafür muss es allerdings auch den Kooperationswunsch geben. Das war ganz von Anfang an der Gedanke, dass Halle und Leipzig da gemeinsam arbeiten. Hat sich aus bestimmten Konstellationen so nicht realisiert. Vielleicht unter dem Druck der Verhältnisse kommt es jetzt doch zustande.

An sich der Master ist ja nachgefragt und wird auch von dem Kollegen, der ihn vertritt, sehr gelobt. Es ist auch ein Doppelmaster mit Tokio gemeinsam. Wenn der Master wirklich so

attraktiv ist, und davon bin ich überzeugt, dann zieht der auch Bachelor, die woanders ihren Abschluss als Bachelor gemacht haben.

Frau Winkler

Herzlichen Dank, ich bedanke mich, dass Sie zu uns gekommen sind und wollte noch kurz anmerken, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Anregung von Herrn Gernhardt eingepflegt wurde.

Herr Prof. Sträter

Vielen Dank, weiterhin einen guten Sitzungsverlauf.

Frau Winkler

Dankeschön.

-Wortprotokoll Ende-

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Wirtschaftsplan 2018 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VI/2017/03696

Herr Voß führte in die Vorlage ein und begründete diese.

Herr Rupsch merkte an, dass die Ausführungen zum Tourismuskonzept nicht aktuell sind.

Herr Voß bestätigte dies und teilte mit, dass ein 20-Seiten-Leitlinienkonzept zum Tourismus im Mai der Gesellschafterversammlung vorgelegt wird und dann in die Gremien des Stadtrates eingebracht wird.

Herr Rupsch fragte, ob das Budget für das Wissenschaftsmarketing verbraucht wurde und bat um einen aktuellen Stand zur Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Herr Voß berichtete, dass eine gemeinsame Stabsstelle gegründet werden soll und dass es darüber hinaus eine Lenkungsgruppe geben wird. Aktuell stehen noch rechtliche Prüfungen und die Anpassung des Betrauungsaktes aus.

Frau Ernst ergänzte, dass die Universität und die Stadt, unterstützt durch das Stadtmarketing, sich in einer Lenkungsgruppe auf eine Konzeption verständigt haben, die zum Jahresende 2017 fertiggestellt wurde. Zusammen mit der BMA werden nun die steuerrechtlichen, vergaberechtlichen und beihilferechtlichen Fragstellungen geprüft, sodass anschließend schnellstmöglich die Umsetzung erfolgen kann.

Herr Lange fragte, ob eine Förderung für ein Tourismuskonzept geprüft wurde.

Herr Voß verneinte dies.

Herr Lange fragte, ob eine Stelle zur „Qualitätssicherung Tourismus“ im Stadtmarketing geplant ist.

Herr Voß antwortete, dass aktuell im Rahmen des Stellenplanes des Stadtmarketings eine Umbesetzung stattfindet, jedoch keine Stelle zum Qualitätsmanagement geplant ist.

Herr Lange wies auf die Möglichkeit hin, eine solche Stelle durch das Wirtschaftsministeriums gefördert zu bekommen.

Frau Ernst sagte, dass die Anregung aufgenommen wird und zur möglichen Förderung des Tourismuskonzeptes im nächsten Ausschuss berichtet wird.

Herr Bauerfeld wiederholte die Frage von Herrn Rupsch, ob das Budget für das Wissenschaftsmarketing verbraucht wurde.

Frau Ernst antwortete, dass zunächst untersetzt werden musste, wie die Gelder eingesetzt werden. Dazu ist im vergangenen Jahr, unter Beteiligung des Rektorats und der Stadt, ein Konzept erstellt worden, sodass die Gelder im letzten Jahr noch nicht eingesetzt werden konnten.

Herr Bauerfeld merkte an, dass man sich zu sehr mit der Erstellung von Konzepten beschäftigt und diese keine Ergebnisse bringen.

Frau Winkler fragte, warum keine Rückstellungen für potenzielle Steuerschulden gebildet wurden.

Herr Voß antwortete, dass dies aktuell nicht notwendig ist, da auch die Höhe einer Rückstellung nicht absehbar ist.

Frau Hintz nahm Bezug auf die Busreiseworkshops und fragte, ob es Überlegungen zu stadtnahen Busparkplätzen inklusive Toiletten gibt.

Herr Voß antwortete, dass auf absehbare Zeit keine neuen Parkplätze geschaffen werden können. Innerstädtische Parkplätze sind am Steintor Varieté und an der Saline vorhanden. In Abstimmung mit der Citygemeinschaft wird versucht, dass in den Bussen Gutscheine verteilt werden, mit denen eine kostenfreie Toilettennutzung im Handel/in Restaurants möglich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 14.12.2017:

1. Der Wirtschaftsplan 2018 wird genehmigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2020 wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität Vorlage: VI/2017/03465

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität - Vorlage: VI/2017/03465 Vorlage: VI/2017/03516

Herr Rupsch brachte den geänderten Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dieringer sagte, dass in der EVH intensiv an dieser Thematik gearbeitet wird und bat Herrn Lux um Ausführung.

Herr Lux berichtete, dass es 20 Ladesäulen und damit 40 Ladepunkte gibt. Jede Ladesäule hat in der Regel zwei Zugänge. In den Stadtwerken und im städtischen Konzern wurden 15 Fahrzeuge angeschafft, teilweise mit Fördermitteln finanziert. Zudem ist man dem internationalen Netzwerk „intercharge“ für Ladesäulen beigetreten.

Zukünftig wird die Fahrzeuganzahlentwicklung beobachtet, aktuell sind in Halle 93 E-Mobile angemeldet. Weiterhin werden andere Formen von Fahrzeugen ausprobiert, wie den Streetscooter. In den Fuhrparks von Stadt und Stadtwerken gibt es eine intensive Untersuchung, welche Fahrzeuge durch E-Mobile ersetzt werden können.

Herr Lange fragte, ob ein Umrüsten von Straßenlaternen geprüft wurde.

Herr Lux antwortete, dass sich hallesche Laternen dazu nicht eignen, da sie über ein serielles System verfügen, welches bei Abschaltung stromlos ist.

Frau Ernst fragte, auf welche Themenfelder der Antragsteller abzielt. Bei Bedarf könne im Ausschuss zunächst über künftige Maßnahmen berichtet werden.

Herr Rupsch sagte, dass es die Intention ist, dass die Stadt gemeinsam mit den städtischen Unternehmen inklusive der Wohnungsgesellschaft Maßnahmepools entwickeln soll, wie wohnortnahe Lademöglichkeiten in neue Baumaßnahmen integrieren werden können.

Herr Lux sagte, dass dies im „Energiequartier Lutherviertel“ bereits umgesetzt wurde.

Herr Koehn fragte, ob in Halle auch an die Standardisierung der Säulen gedacht wurde und, ob eine Zusammenarbeit mit der Post weiterhin vertieft wird.

Herr Lux antwortete, dass nur der Norm-Stecker „Typ-2-Stecker“ für die 22 kWh-Säulen, welcher bei deutschen Automobilherstellern und auch bei den internationalen verbaut wird, zum Einsatz kommt.

Frau Ernst regte an, die Thematik in Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften und anderen Vertretern des Konzerns Stadt im Ausschuss zu untersetzen. Des Weiteren berichtete sie, dass die Post angeboten hat, einen Ausschuss in den Räumlichkeiten des Unternehmens durchzuführen und dort über die neue e-Fahrzeugflotte zu informieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung des geänderten Antrags bat.

TOP 5.1.1:

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II. Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 5.1.:

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II. Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) - Evaluierung**

Frau Dr. Sachse, Herr Götte, Herr Nowak und Herr Dr. Schmieder informierten anhand einer Präsentation über die Umsetzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Dieringer lobte die Präsentation und sprach den Beteiligten seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Er fragte, was mit den verfügbaren Restflächen des Star Parks passiert.

Herr Götte sagte, dass es Ziel ist, an einen Großansiedler zu verkaufen.

Herr Lange fragte, ob sich die Mietpreise im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (MMZ) mittelfristig verändern werden.

Herr Nowak antwortete, dass mit dem Modell der Staffelmiete gearbeitet wird, welche sich von Netto 4 Euro in 5 Jahren auf 6 Euro und darüber hinaus auf 7,50 Euro pro Quadratmeter staffelt.

Herr Bauersfeld fragte, wie das Technologie- und Gründerzentrum Halle Unternehmen in Halle halten will.

Herr Dr. Schmieder antwortete, dass es Ziel ist, die Mitarbeiter in der Stadt zu integrieren (Kinderbetreuung, Freizeit, Wohnsitz etc.).

Frau Hintz fragte, wie viele der Arbeitsplätze im Industriegebiet Star Park über dem Mindestlohn liegen.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Hintz fragte nach dem aktuellen Stand zur Zusammenarbeit mit dem Saalekreis.

Frau Ernst berichtete beispielhaft, dass die im Dezember 2017 vom Stadtrat beschlossene „Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier“ im März 2018 durch alle beteiligten Gebietskörperschaften unterzeichnet wird, darunter auch der Saalekreis. Weiterhin verwies sie auf eine Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle zur Zusammenarbeit im Gewerbegebiet in Halle-Neustadt, hier erfolge eine Flächenentwicklung gemeinsam mit dem Saalekreis.

Herr Bauersfeld fragte, wie der aktuelle Stand zum Hochwasserschutz am MMZ ist.

Herr Nowak sagte, dass eine Dammbalkenwand entstehen wird. Der Dammbalken wird im Februar 2018 gegossen. Die Ausschreibung für das Dammbalkensystem wurde bereits veröffentlicht, sodass Mitte des Jahres das System installiert werden kann. Darüber hinaus werden die Zuluftöffnungen der Tiefgarage auf 1,80 Meter Höhe gezogen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Bauersfeld zum Tourismus

Herr Bauersfeld fragte, in welchem Umfang die Stadt Halle von den Aktivitäten während des Reformationsjubiläums 2017, im Vergleich zu Wittenberg und Eisleben, profitiert hat. Des Weiteren fragte er, wie groß der wirtschaftliche Erfolg der Ausstellung „Pilgerreise nach Mekka“ im Stadtmuseum Halle war.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Frau Winkler verwies auf den hinterlegten Themenspeicher in Session und fragte nach eventuellen Ergänzungswünschen.

Es gab keine Ergänzungswünsche.

zu 9.2 Herr Bauersfeld zur Weiterbildung von Arbeitslosen

Herr Bauersfeld regte an, zusammen mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Überlegungen anzustreben, auch Personen im fortgeschrittenen Alter Ausbildungen anzubieten.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin